



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

MITTEILUNGSBLATT DES REKTORS

Nr. 19 / 2015
Seite 1395 – Seite 1440
Ausgabedatum: 12.10.2015

INHALT

Aufhebung des Masterstudienganges Unternehmensführung im Wohlfahrtsbereich zum Wintersemester 2015/16	S. 1397
Promotionsordnung der Universität Heidelberg für die Theologische Fakultät	S. 1399
Erste Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungsordnung des Studierendenrates	S. 1423
Zweite Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungsordnung des Studierendenrates	S. 1425
Zweite Satzung zur Änderung der Wahlordnung des Studierendenrates	S. 1427
Dritte Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenrates der Universität Heidelberg	S. 1429
Vierte Satzung zur Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg	S. 1431
Fünfte Satzung zur Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg	S. 1437

1397

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Aufhebung des Master-Studienganges Unternehmensführung im Wohlfahrtsbereich zum Wintersemester 2015/16

Der Senat der Universität Heidelberg hat in seiner Sitzung am 21. Juli 2015 folgenden Beschluss gefasst:

Der Aufhebung des Masterstudienganges „Unternehmensführung im Wohlfahrtsbereich“ zum Wintersemester 2015/16 wird zugestimmt.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat der Aufhebung mit Erlass vom 03.09.15 (Az.: 41-7821.2-23-15/2/1) zugestimmt

gez. Ingrid Reiher
Dezernat 2

1398

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

1399

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Promotionsordnung der Universität Heidelberg für die Theologische Fakultät

vom 29.07.15

Aufgrund von § 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG), zuletzt geändert durch das dritte Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG), vom 1. April 2014 (GBl. vom 8. April 2014, S. 99), hat der Senat der Universität Heidelberg am 21.07.15 die nachstehende Promotionsordnung beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 29.07.15 erteilt.

Präambel

Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen, die in dieser Ordnung in männlicher Form erscheinen, betreffen gleichermaßen Frauen und Männer und können auch in der entsprechenden weiblichen Form verwendet werden.

I. Allgemeines

- § 1 Promotion**
- § 2 Promotionsleistungen**

II. Promotionsverfahren

- § 3 Promotionsausschuss**
- § 4 Zulassungsvoraussetzungen**
- § 5 Annahme als Doktorand**
- § 6 Wissenschaftliche Beratung des Doktoranden**
- § 7 Zulassung zum Prüfungsverfahren**
- § 8 Dissertation**
- § 9 Mündliche Prüfung**
- § 10 Disputation**
- § 11 Öffentlichkeit der mündlichen Prüfung**
- § 12 Bewertung**
- § 13 Veröffentlichung der Dissertation**
- § 14 Verleihung des Dr. theol.**
- § 15 Ehrenpromotion**

III. Schlussbestimmungen

- § 16 Rücknahme der Zulassung; Ungültigkeit von Promotionsleistungen**
- § 17 Entziehung des Doktorgrades**
- § 18 Inkrafttreten; Übergangsbestimmungen**

I. Allgemeines

§ 1 Promotion

Die Theologische Fakultät der Universität Heidelberg verleiht den Grad eines Doktors bzw. einer Doktorin der Theologie auf Grund von Promotionsleistungen (Dr. theol.) oder ehrenhalber (D. theol.).

§ 2 Promotionsleistungen

Die Promotionsleistungen bestehen aus einer wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung nach Einzelfächern (Examen rigorosum). An die Stelle des Rigorosums kann die mündliche Verteidigung von Thesen (Disputation) treten. Zu den Gegenständen der mündlichen Prüfung zählt auch die Dissertation.

II. Promotionsverfahren

§ 3 Promotionsausschuss

(1) Der Fakultätsrat wählt jeweils für ein akademisches Jahr einen Promotionsausschuss. Ihm gehören an: der Dekan als Vorsitzender; der Prodekan; fünf Hochschullehrer als Vertreter der einzelnen theologischen Fächer. Für diese Hochschullehrer werden Stellvertreter gewählt.

(2) Der Promotionsausschuss entscheidet über alle Fragen im Zusammenhang eines Promotionsverfahrens, sofern diese Ordnung nichts anderes bestimmt. Der Promotionsausschuss entscheidet mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(3) Bei der Entscheidung über die Annahme und die Bewertung einer Dissertation und die Gesamtnote treten für das jeweilige Verfahren stimmberechtigt zum Promotionsausschuss hinzu

- die Gutachter nach § 8 Abs. 3
- alle anderen hauptberuflich an der Universität tätigen Hochschullehrer, Hochschul- und Privatdozenten des Faches, dem die Dissertation zugeordnet ist.

(4) Der Promotionsausschuss kann in einer ordnungsgemäß anberaumten Sitzung mit Zweidrittelmehrheit aller anwesenden Mitglieder für Einzelfälle – z.B. um die Durchführung eines binationalen oder eines interdisziplinären Promotionsverfahrens zu ermöglichen - Ausnahmen von den Bestimmungen vorliegender Promotionsordnung beschließen, sofern das Landeshochschulgesetz nicht entgegensteht.

§ 4 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion sind die Vorlage der Nachweise über

- 1.1 den Grad eines Magister Theologiae oder das entsprechende Examen einer Theologischen Fakultät oder einer Evangelischen Landeskirche aus dem deutschen Sprachraum oder
- 1.2 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien (Sekundarstufe 2) mit Theologie als Hauptfach oder das Magisterexamen mit Theologie als Hauptfach oder das Masterexamen mit Christentum und Kultur als Hauptfach oder das Masterexamen im Weiterbildungsstudiengang Evangelische Theologie. Die Zulassung von Bewerbern aus dem Masterstudiengang Christentum und Kultur ist davon abhängig, dass in jedem der Hauptfächer Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie, Praktische Theologie und Religionswissenschaft im Verlauf des Bachelor- oder Masterstudiums je ein Modul abgeschlossen wurde.

1.3 Absolventen von vierjährigen Bachelorstudiengängen an einer Universität können zur Promotion zugelassen werden, wenn der Abschluss mit der Note „sehr gut“ erworben und außerdem durch ein von dem Promotionsausschuss einberufenen Kolloquium der Nachweis erbracht wurde, dass die Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit in gleicher Weise vorhanden ist wie bei promotionsfähigen Universitätsabsolventen eines kirchlichen Examens in den deutschen Landeskirchen oder eines Magister-, Lehramts-, Diplom- oder eines gleichwertigen Studiengangs. Gegenstand des Kolloquiums sind theologische Fachkenntnisse entsprechend den Prüfungsordnungen der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg für den Studiengang des Magister Theologiae. Auf diese Weise ist ein ordnungsgemäßes Studium der Evangelischen Theologie nachzuweisen, das alle theologischen Hauptfächer umfasst.

Besonders qualifizierte Absolventen von dreijährigen Bachelorstudiengängen an einer Universität können zur Promotion zugelassen werden, wenn der Abschluss mit der Note „sehr gut“ erworben wurde und wenn sie in einem Eignungsfeststellungsverfahren nachweisen, dass sie in dem Promotionsfach in gleicher Weise zu wissenschaftlicher Arbeit befähigt sind, wie die promotionsfähigen Universitätsabsolventen eines kirchlichen Examens in den deutschen Landeskirchen oder eines Magister-, Lehramts-, Diplom- oder eines gleichwertigen Studiengangs. Die in den mindestens zweisemestrigen Eignungsfeststellungsverfahren zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen werden vom Promotionsausschuss festgesetzt. Auf Antrag des Bewerbers stellt der Promotionsausschuss durch ein Kolloquium fest, ob das Eignungsfeststellungsverfahren erfolgreich absolviert wurde. Gegenstand des Kolloquiums sind theologische Fachkenntnisse entsprechend den Prüfungsordnungen der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg für den Magisterstudiengang. Auf diese Weise ist ein ordnungsgemäßes Studium der Evangelischen Theologie nachzuweisen, das alle theologischen Hauptfächer umfasst. Wird das Eignungsfeststellungsverfahren nicht mit Erfolg absolviert, erlischt die Zulassung zur Promotion.

- 1.4 Die Regelungen für 3-jährige Bachelorabsolventen aus Nummer 1.3 gelten analog für Absolventen von Fachhochschulen. Das Eignungsfeststellungsverfahren beträgt in diesen Fällen in der Regel 4 Semester.
- 1.5 eine akademische Abschlussprüfung in Theologie an einer Universität oder einer als gleichwertig anerkannten wissenschaftlichen Hochschule des In- und Auslandes, die zu den in 1.1 bis 1.4 genannten Abschlüssen als gleichwertig anerkannt werden kann.
2. Kenntnisse der hebräischen, griechischen und lateinischen Sprache entsprechend den Erfordernissen der Prüfungsordnung für den Magister Theologiae;
3. die Mitgliedschaft in einer evangelischen Kirche oder einer anderen Kirche, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen oder dem Lutherischen Weltbund oder Reformierten Weltbund angehört. Ausnahmen für Mitglieder einer anderen christlichen Kirche bedürfen der Zustimmung des erweiterten Fakultätsrates mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner promovierten Mitglieder.

(2) Bewerber ohne Deutsch als Muttersprache müssen Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen, die den Bedingungen für die Immatrikulation an der Universität Heidelberg entsprechen. Solchen Bewerbern kann auf begründeten Antrag der Nachweis der Kenntnis des Lateinischen erlassen werden, wenn sie entsprechende Kenntnisse einer klassischen nichteuropäischen Sprache nachweisen.

(3) Wer bereits den Grad eines Dr. theol. erworben hat, kann nicht mehr zugelassen werden.

§ 5 Annahme als Doktorand

(1) Wer die Zulassungsvoraussetzungen nach § 4 erfüllt und die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt, kann unter Angabe seines in Aussicht genommenen Themas bei der Fakultät (Promotionsausschuss) die Annahme als Doktorand beantragen.

Dem Antrag sind beizufügen:

1. Voraussichtliches Thema der Arbeit
2. eine Betreuungszusage eines Betreuers gem. § 6, die durch eine Promotionsvereinbarung gem. § 6 Abs. 4 dokumentiert werden soll
3. Nachweis über einen entsprechenden Abschluss nach § 4 Abs. 1 Ziffer 1.1 bis 1.5

(2) Die Annahme kann versagt werden, wenn

1. Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion fehlen,
2. das für die Dissertation gewählte Thema offensichtlich ungeeignet ist oder das Thema nicht in die Zuständigkeit der Fakultät fällt,
3. der Bewerber bereits mehr als einen erfolglosen Promotionsversuch unternommen hat,
4. Gründe vorliegen, die den Entzug eines akademischen Grades rechtfertigen würde oder ein akademischer Grad entzogen worden ist.

(3) Bei Nichtvorhandensein einer oder mehrerer Zulassungsvoraussetzungen nach § 4 kann die Zulassung mit Auflagen erfolgen.

(4) Die Entscheidung über die Annahme als Doktorand trifft der Promotionsausschuss. Der Beschluss wird dem Bewerber schriftlich mitgeteilt; eine ablehnende Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(5) Mit der Annahme als Doktorand verpflichtet sich die Fakultät, den Doktoranden bei der Erstellung der Arbeit zu unterstützen und eine Dissertation mit dem angegebenen Thema als wissenschaftliche Arbeit zu bewerten.

(6) Zusammen mit dem Antrag auf Annahme muss der Doktorand eine elektronische Promotionsakte durch Registrierung im online-Portal heiDOCS anlegen. Die Daten sind durch den Doktoranden während der gesamten Promotionsdauer aktuell zu halten.

(7) Die Promotion soll i.d.R. nach drei Jahren abgeschlossen sein.

§ 6 Wissenschaftliche Beratung des Doktoranden

(1) Die Hochschullehrer der Theologischen Fakultät sind im Rahmen ihrer durch anderweitige Aufgaben in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung begrenzten Möglichkeiten grundsätzlich verpflichtet, als Berater für Dissertationen zur Verfügung zu stehen.

(2) Jedem Doktoranden wird vom Promotionsausschuss ein Berater zugeordnet. Der Doktorand kann dem Promotionsausschuss einen Hochschullehrer oder einen Privatdozenten als Berater benennen. Der Promotionsausschuss soll die benannte Person nur bestellen, wenn diese dazu bereit ist und wenn diese bestätigt, dass die vom Doktoranden vorgelegte Konzeption der Dissertation erwarten lässt, dass der Zweck der Promotion voraussichtlich erreicht wird.

(3) Auf Wunsch des Doktoranden bemüht sich der Promotionsausschuss darum, einen Hochschullehrer oder einen Privatdozenten als Berater zu gewinnen.

- (4) Zwischen dem Doktoranden und dem Betreuer wird eine schriftliche Promotionsvereinbarung mit den Mindestinhalten gemäß § 38 Abs. 5 Satz 3 LHG abgeschlossen (siehe Musterpromotionsvereinbarung, Anlage 1) Die Fakultät kann diese Vereinbarung durch weitere Inhalte ergänzen.
- (5) Der Fakultätsrat kann Richtlinien für Promotionen festlegen.
- (6) Bei auftretenden Streitfällen kann die Ombudsperson für Promovierende der Universität zur Schlichtung einbezogen werden.

§ 7 Zulassung zum Prüfungsverfahren

- (1) Der Bewerber hat die Zulassung zum Prüfungsverfahren schriftlich zu beantragen.

Dem Antrag sind beizufügen

- 1.1 ein Lebenslauf mit Lichtbild;
- 1.2 der Nachweis eines mindestens zweisemestrigen Studiums an der Theologischen Fakultät in Heidelberg;
- 1.3 die Nachweise nach § 4 dieser Ordnung und gegebenenfalls ein Antrag nach § 4 Abs. 1 Ziffer 3 Satz 2, ferner Nachweise über etwaige andere akademische, kirchliche oder staatliche Prüfungen;
- 1.4 die Dissertation in Maschinenschrift, in mindestens achtfacher Ausfertigung; und in elektronisch gespeicherter Form in einem Dateiformat, das mit der Theologischen Fakultät abgesprochen wurde;
- 1.5 eine eidesstattliche Versicherung gemäß Anlage 2 dieser Promotionsordnung;
- 1.6 ein vom Antragsteller unterzeichnetes Exemplar der von der Universität zur Verfügung gestellten Belehrung über die Bedeutung und die strafrechtlichen Folgen der eidesstattlichen Versicherung
- 1.7 eine Erklärung, dass er bei keiner anderen Hochschule den Antrag auf Promotion zum Dr. theol. gestellt hat;

1.8 eine Einverständniserklärung, dass die Dissertation unter Verwendung elektronischer Datenverarbeitungsprogramme auf die Einhaltung allgemein geltender wissenschaftlicher Standards überprüft werden darf. Über Ausnahmen entscheidet der Promotionsausschuss auf begründeten schriftlichen Antrag.

(2) Ausnahmen von dem Erfordernis nach Absatz 1 Ziffer 1.2 bedürfen der Zustimmung des erweiterten Fakultätsrats mit der Mehrheit seiner promovierten Mitglieder.

(3) Die Zulassung zum Prüfungsverfahren können auch Bewerber beantragen, die keinen Antrag auf Annahme als Doktorand gestellt haben oder deren Antrag abgelehnt wurde. Vor einer Zulassung müssen die Bewerber elektronisch registriert werden, § 5 Abs. 6 gilt entsprechend.

(4) Nach erfolgter Zulassung zur Prüfung kann der Doktorand die eingereichte Dissertation bis zum Eingang des ersten Gutachtens zurückziehen. Die Erklärung ist an den Promotionsausschuss zu richten. In diesem Fall ist das Promotionsverfahren beendet.

§ 8 Dissertation

- (1) Die Dissertation muss eine selbständige wissenschaftliche Arbeit aus dem Bereich der Theologie sein. Sie muss zur Veröffentlichung geeignet sein bzw. ihre Veröffentlichung darf nicht mehr als fünf Jahre zurückliegen.
- (2) Sie ist in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen. Der Promotionsausschuss kann gestatten, eine in einer anderen Sprache geschriebene Dissertation vorzulegen, sofern die Begutachtung durch die Fakultät möglich ist.
- (3) Für die Begutachtung der Dissertation werden zwei Hochschullehrer, Hochschul- oder Privatdozenten der Fakultät als Referenten bestimmt. Der Erstreferent wird im Benehmen mit dem Bewerber bestellt. Einer der Referenten muss hauptamtlicher Vertreter seines Faches sein. In begründeten Fällen kann der Zweitreferent aus auswärtigen theologischen Fakultäten oder anderen Fakultäten der Universität, wie auch auswärtigen nicht theologischen Fakultäten stammen. Bei auswärtigen Zweitreferenten soll deren Stellung der eines deutschen Hochschullehrers oder eines Hochschul- oder Privatdozenten vergleichbar sein; entsprechendes gilt für unabhängige Nachwuchsgruppenleiter. In begründeten Fällen kann ein weiterer Gutachter aus auswärtigen theologischen Fakultäten oder anderen, auch auswärtigen Fakultäten bestimmt werden. Über das Vorliegen eines „begründeten Falles“ sowie über die Benennung des jeweiligen auswärtigen Referenten entscheidet der Promotionsausschuss.
- (4) Die Referenten erstatten ihr Gutachten schriftlich. Sie empfehlen die Annahme der Dissertation und schlagen eine Bewertung vor oder empfehlen die Rückgabe der Dissertation zur Überarbeitung oder die Ablehnung der Arbeit als Dissertation. Ein Gutachten sollte in der Regel innerhalb von maximal sechs Monaten erstellt werden.
- (5) Vor einer Entscheidung über die Ablehnung der Arbeit ist dem Bewerber Einsicht in die Gutachten und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wird die Arbeit abgelehnt, so kann frühestens nach einem Jahr eine neue Arbeit eingereicht werden.

(6) Vor der Entscheidung über die Bewertung einer angenommenen Dissertation ist allen hauptberuflich an der Universität Heidelberg tätigen Hochschul-
lehrern, Hochschul- und Privatdozenten der Fakultät während eines Zeitraumes
von mindestens drei, höchstens zwölf Wochen Gelegenheit zur Einsicht in
Dissertation und Gutachten und zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.

(7) Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation wird
vor Beginn der mündlichen Prüfung bzw. Disputation getroffen. Die Bewertung
der Dissertation erfolgt spätestens zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung bzw.
Disputation. Im Falle von angenommenen Dissertationen kann der Promotions-
ausschuss Auflagen für die Überarbeitung vor der Veröffentlichung vorsehen.

(8) Die Gutachten über die Arbeit sind dem Verfasser zugänglich zu machen,
wenn alle Prüfungsleistungen erbracht sind.

§ 9 Mündliche Prüfung

- (1) 1. Ist die Dissertation angenommen worden, so wird ein Termin für die
mündliche Prüfung festgesetzt.
2. Das Examen rigorosum erstreckt sich auf die Fächer
 - Altes Testament
 - Neues Testament
 - Kirchen- und Dogmengeschichte
 - Systematische Theologie oder Religionswissenschaft und Interkultu-
relle Theologie
 - Praktische Theologie.
3. Die mündliche Prüfung wird in der Regel in deutscher Sprache abgelegt.
In Ausnahmefällen lässt sich eine andere Sprache zwischen Bewerber
und Prüfern vereinbaren. Der Bewerber kann die Prüfer vorschlagen;
der Promotionsausschuss ist an den Vorschlag nicht gebunden.

- (2) Hat ein Bewerber ein Abschlussexamen nach § 4 Abs. 1 Ziffer 1.1 oder ein als gleichwertig anerkanntes ausländisches Examen mit der Gesamtnote „gut“ oder besser abgelegt, so kann ihm auf Antrag die mündliche Prüfung in zweien der in § 9 Abs. 1 Nr. 2 genannten Fächer erlassen werden. Die mündliche Prüfung in dem Fach, dem die Dissertation zugeordnet ist (Hauptfach) kann nicht erlassen werden. Die Dissertation ist Mitbestandteil der mündlichen Prüfung im Hauptfach.
- (3) Der Bewerber benennt, sofern eine Wahlmöglichkeit nach Absatz 2 besteht, die Fächer der mündlichen Prüfung.
- (4) Die mündlichen Prüfungen werden jeweils von einem Prüfer im Beisein eines Beisitzers abgenommen. Der Prüfer muss Hochschullehrer und Vertreter des betreffenden Faches sein. Der Beisitzer muss Hochschullehrer, Hochschul- oder Privatdozent sein. Auswärtige Hochschullehrer können nur Prüfer, auswärtige Hochschul- und Privatdozenten können nur Beisitzer sein, wenn der Promotionsausschuss dies mit Zweidrittelmehrheit genehmigt.
- (5) Die mündliche Prüfung dauert
- in dem Fach, dem die Dissertation zugeordnet ist (Hauptfach), etwa eine Stunde,
 - in den anderen Fächern (Nebenfächer) jeweils etwa eine halbe Stunde.
- (6) 1. Besteht der Bewerber die mündlichen Prüfungen im Hauptfach oder in der Hälfte der Nebenfächer nicht, so ist die gesamte mündliche Prüfung zu wiederholen.
2. Der Bewerber kann auf seinen Antrag hin frühestens drei, spätestens 18 Monate nach der Prüfung zur Wiederholung der mündlichen Prüfung zugelassen werden. Für die Wiederholungsprüfung gilt Absatz 2 nicht. Eine zweite Wiederholung ist nicht möglich.

- (7) 1. Ist eine mündliche Prüfung nach Absatz 1 Ziffer 2 in einem Fach nicht bestanden, so ist sie nach frühestens drei, spätestens sechs Monaten zu wiederholen.
2. Wird diese Wiederholungsprüfung nicht abgelegt oder wiederum nicht bestanden, so ist die ganze mündliche Prüfung nicht bestanden. Absatz 6 Ziffer 2 gilt dann entsprechend.

§ 10 Disputation

- (1) Bewerber, welche die Voraussetzungen nach § 9 Abs. 2 erfüllen, können auf Antrag die mündliche Prüfung als Disputation in deutscher oder vereinbarter Sprache ablegen.
- (2) Gegenstand der Disputation sind
- vom Bewerber formulierte, seinem Antrag beigefügte Thesen aus dem Bereich der theologischen Fächer nach § 9 Abs. 1 Ziffer 2 und
 - vom Promotionsausschuss formulierte Thesen aus dem Bereich des Promotionsfaches, die dem Bewerber bei der Disputation vorgelegt werden.
- (3) Die Zeit für jeden der beiden Disputationsteile soll eine Stunde nicht überschreiten.
- (4) Alle Hochschullehrer, Hochschul- und Privatdozenten der Fakultät können an der Disputation und an der Beratung über ihre Bewertung teilnehmen.
- (5) Wird die Disputation als nicht bestanden gewertet, so kann die mündliche Prüfung als Rigorosum entsprechend § 9 Abs. 6 Ziffer 2 wiederholt werden.

§ 11 Öffentlichkeit der mündlichen Prüfung

Eingeschriebene Promovenden im Fach Theologie können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörende an mündlichen Prüfungen teilnehmen. Die Teilnahme erstreckt sich nicht auf die Beratung und auf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses. Aus wichtigen Gründen oder auf Antrag des Prüflings ist die Öffentlichkeit auszuschließen.

§ 12 Bewertung

(1) Für die einzelnen Promotionsleistungen und für die gesamte Promotion werden folgende Prädikate erteilt:

- für eine ausgezeichnete Leistung: summa cum laude
- für eine sehr gute Leistung: magna cum laude
- für eine gute Leistung: cum laude
- Wird kein Prädikat erteilt,
so ist die Prüfung mit rite
bestanden.

Dabei werden

summa cum laude mit	1,
magna cum laude mit	2,
cum laude mit	3 und
rite mit	4 bewertet.

(2) Die Note für die mündliche Prüfung ergibt sich

- bei einem Rigorosum aus dem Durchschnitt der Noten für die Einzelfächer; dabei wird die Note im Hauptfach doppelt gewertet,
- bei einer Disputation aus dem Durchschnitt der Noten für deren beide Teile.

(3) Für die Gesamtbenotung der Promotion wird die Note der Dissertation doppelt, die der mündlichen Prüfung einfach gewertet. Beim Durchschnittswert von 1-1,49 gilt die Promotion als mit der Gesamtnote summa cum laude, beim Durchschnittswert 1,5-2,49 als mit der Gesamtnote magna cum laude bestanden. Entsprechend werden die anderen Durchschnittswerte auf- bzw. abgerundet.

§ 13 Veröffentlichung der Dissertation

(1) Nach Bestehen der mündlichen Prüfung ist vor Veröffentlichung der Dissertation die Druckerlaubnis bei der Theologischen Fakultät einzuholen. Sie ist vom Dekan zu erteilen, wenn die Dissertation in der begutachteten Fassung veröffentlicht werden soll; im Falle von durch den Promotionsausschuss beschlossenen Auflagen entscheidet der Dekan im Einvernehmen mit dem jeweiligen Referenten.

(2) Die Promotion erfolgt, nachdem der Bewerber bzw. die Bewerberin die Veröffentlichung der angenommenen Dissertation nachgewiesen und der Fakultät ein Exemplar der veröffentlichten Arbeit übergeben hat.

(3) Die Veröffentlichung kann geschehen durch

1. Publikation bei einem gewerblichen Verlag, sofern eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird; dabei sind drei Exemplare der Universitätsbibliothek abzuliefern oder
2. Vorlage eines Verlagsvertrages, sofern der Doktorand zugleich die Drucklegungen innerhalb von drei Jahren ab Vertragsdatum und die unentgeltliche Abgabe von drei Exemplaren bei der Universitätsbibliothek und einem Exemplar bei der Fakultät nach Drucklegung zusichert oder

3. durch Vervielfältigung im Reproduktionsverfahren – in diesem Fall sind der Universitätsbibliothek 10 Pflichtexemplare abzuliefern – oder
4. durch elektronische Publikation im Open Access auf dem von der Universitätsbibliothek betriebenen universitären Repositorium / Heidelberger Dokumentenserver HeiDOK <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/-volltextserver/>. Zusätzlich sind der Universitätsbibliothek drei gedruckte textidentische Pflichtexemplare abzuliefern. Anderweitige elektronische Publikationsformen sind mit der Universitätsbibliothek abzustimmen.

§ 14 Verleihung des Dr. theol.

Die Promotion wird durch die Aushändigung des vom Dekan unterschriebenen Doktordiploms vollzogen. Erst mit Empfang des Doktordiploms wird das Recht zum Führen des Dokortitels erworben.

Wird der Doktorgrad nach Vorlage eines Verlagsvertrages verliehen, so kann die Verleihung widerrufen werden, wenn nicht innerhalb der in § 13 Absatz 3 Nr. 2 genannten Frist die Pflichtexemplare abgeliefert werden. Der Doktorand kann eine Verlängerung der Abgabefrist um höchstens weitere zwei Jahre beantragen.

§ 15 Ehrenpromotion

(1) Die Theologische Fakultät verleiht den Grad eines Doktors der Theologie ehrenhalber (D. theol.) für besondere wissenschaftliche Leistungen oder für besondere Verdienste an der theologischen Wissenschaft.

(2) Die Verleihung muss von mindestens zwei Hochschullehrern oder habilitierten Mitgliedern des Fakultätsrats mit schriftlicher Begründung beantragt werden.

(3) Der Antrag ist angenommen, wenn mindestens drei Viertel der promovierten Mitglieder des Fakultätsrats so beschließen. Der Beschluss bedarf der Zustimmung des Senats.

(4) Die Promotion zum D. theol. erfolgt durch die Aushändigung einer vom Dekan unterzeichneten, in lateinischer Sprache verfassten Urkunde.

III. Schlussbestimmungen

§ 16 Rücknahme der Zulassung; Ungültigkeit von Promotionsleistungen

(1) Ergibt sich vor Aushändigung der Doktorurkunde, dass der Bewerber über eine Zulassungsvoraussetzung getäuscht hat oder dass wesentliche Zulassungsvoraussetzungen irrtümlicherweise als gegeben angenommen worden sind, so kann der Promotionsausschuss auf Antrag die Zulassung zur Promotion zurücknehmen. Dasselbe gilt, wenn Tatsachen bekannt werden, die nach Landesrecht eine Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.

(2) Ergibt sich vor Aushändigung der Doktorurkunde, dass der Bewerber bei einer Promotionsleistung getäuscht hat, so kann der Promotionsausschuss diese Promotionsleistung oder alle bisher erbrachten Promotionsleistungen für ungültig erklären oder in schweren Fällen die Zulassung zur Promotion zurücknehmen.

(3) Vor der Beschlussfassung ist der Betroffene zu hören. Der Beschluss ist zu begründen und dem Betroffenen unter Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

1417

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

§ 17 Entziehung des Doktorgrades

(1) Die Entziehung des Doktorgrades richtet sich nach den landesrechtlichen Bestimmungen. Soweit dort eine Zuständigkeitsregelung fehlt, sind die dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer, Hochschul- und Privatdozenten zuständig. Der Beschluss bedarf der Mehrheit der genannten Mitglieder.

(2) Vor der Beschlussfassung ist der Betroffene zu hören. Der Beschluss ist zu begründen und dem bzw. der Betroffenen unter Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

§ 18 Inkrafttreten; Übergangsbestimmungen

(1) Die Promotionsordnung tritt mit der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft. Gleichzeitig tritt die Promotionsordnung vom 22 September 2006 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 25. September 2006, S. 701) außer Kraft.

(2) Für Promotionsverfahren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung bereits eingeleitet sind, gelten auf Antrag die bisherigen Regelungen, soweit das Landeshochschulgesetz nicht entgegensteht.

Heidelberg, den 29. Juli 2015

gez. Prof. Dr. Bernhard Eitel
Rektor

Anlage 1

Promotionsvereinbarung

Vorbemerkung

Diese Vereinbarung (nach § 38 Abs. 5 LHG) dient der Förderung und Beratung des/der Doktoranden/-in bei seinem/ihrem Promotionsvorhaben. Aus der Promotionsvereinbarung entstehen keine einklagbaren Rechtspositionen. Die Vereinbarung richtet sich nach dem derzeit möglichen Planungshorizont und kann im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden. Die Vereinbarung gilt vorbehaltlich der Annahme an der Fakultät und ergänzend zur jeweiligen Promotionsordnung sowie ggf. zur Ordnung des strukturierten Promotionsprogramms.

(1) Beteiligte Personen

Doktorand/in (Name, Vorname)

.....

Betreuer/in (Name, Titel, Vorname)

.....

(2) Dissertationsthema und -fach

a) Geplantes Dissertationsthema (Arbeitstitel):

.....

.....

b) Fakultät

.....

c) Fach /ggf. strukturiertes Promotionsprogramm:

.....

d) Beginn des Promotionsvorhabens (Monat/Jahr)

e) Geplantes Ende des Promotionsvorhabens (Monat/Jahr)

(3) Fortzuschreibender Zeit- und Arbeitsplan

Zwischen Betreuer/in und Doktorand/in ist ein Zeit- und Arbeitsplan zu vereinbaren, der dem Forschungsthema und der persönlichen Lebenssituation der/s Doktorandin/-en angepasst ist. Auf dieser Grundlage berichtet der/die Doktorand/in gegenüber dem/r Betreuer/in regelmäßig über den Fortschritt des Dissertationsvorhabens. Der/Die Betreuer/in steht in regelmäßigen Abständen für Betreuung und fachliche Beratung der/s Doktorandin/-en zur Verfügung. Dem Arbeitsplan können individuelle Absprachen zwischen Doktorand/in und Betreuer/in hinzugefügt werden, z.B. die Sprache, in welcher die Dissertation verfasst wird. Eine Änderung des Zeitplans bedarf des gegenseitigen Einverständnisses und darf den Regelungen der Promotionsordnung zur Verlängerung von Fristen nicht zuwider laufen.

(4) Angaben zu einem individuellen Studienprogramm

In den Arbeitsplan sind auch Angaben zu einem individuellen, begleitenden Programm mit aufzunehmen (z.B. fachspezifische Veranstaltungen, Veranstaltungen zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, Auslandsaufenthalte, Teilnahme an Konferenzen, Vorträge und Veröffentlichungen). Der/Die Betreuer/in berät den/die Doktoranden/-in bei der Auswahl entsprechender Veranstaltungen.

(5) Begutachtungszeiten

Doktorand/in und Betreuer/in verständigen sich im Einklang mit der geltenden Promotionsordnung bei der Abgabe der Dissertation über die Dauer des Begutachtungsverfahrens.

(6) Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis

Doktorand/in und Betreuer/in verpflichten sich zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, wie sie in den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und in der Satzung der Universität Heidelberg zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten aufgestellt sind (<http://www.uni-heidelberg.de/universitaet/profil/regelkodex/>).

(7) Regelungen zur Lösung von Streitfällen

In Konfliktfällen können sich Doktorand/in oder Betreuer/in an die unabhängige Ombudsperson für Doktoranden wenden, die als Beratungs- und Vermittlungsstelle der Universität Heidelberg Fakultät fungiert.

1420

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

(8) Sonstiges

Die Promotionsvereinbarung wird in drei Ausfertigungen unterzeichnet. Je eine Ausfertigung verbleibt bei dem/der Betreuer/-in, bei dem/der Doktoranden/-in und in der Promotionsakte der Fakultät. Der Antrag auf Annahme an der Fakultät muss innerhalb von 6 Wochen nach Abschluss der Promotionsvereinbarung in der Fakultät eingereicht werden. Spätestens mit Antrag auf Annahme an der Fakultät muss die elektronische Promotionsakte von dem/der Doktoranden/-in durch Registrierung im online-Portal heiDOCS angelegt werden.

.....
Datum, Unterschrift (Doktorand/in)

.....
Datum, Unterschrift (Betreuer/in)

Anlage 2

Die eidesstattliche Versicherung ist in der Regel schriftlich abzugeben. Die Möglichkeit einer Aufnahme der eidesstattlichen Versicherung zur Niederschrift bleibt unberührt. Die schriftliche Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Eidesstattliche Versicherung

1. Bei der eingereichten Dissertation zu dem Thema

.....
.....

handelt es sich um meine eigenständig erbrachte Leistung.

2. Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe Dritter bedient. Insbesondere habe ich wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommene Inhalte als solche kenntlich gemacht.

3. Die Arbeit oder Teile davon habe ich wie folgt / bislang nicht an einer Hochschule des In- oder Auslands als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt.

Titel der Arbeit:

Hochschule und Jahr:

Art der Prüfungs- oder Qualifikationsleistung:

1422

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

4. Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärungen bestätige ich.
5. Die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung sind mir bekannt.
Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit erklärt und nichts verschwiegen habe.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Erste Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungsordnung des Studierendenrates

Aufgrund von § 65 a Abs. 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) und § 17 Abs.4 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors S. 517 ff.) zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 f.) hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 21. April 2015 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Satzung am 30. September 2015 genehmigt.

Artikel 1

Die Aufwandsentschädigungsordnung des StuRa (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1381 f.) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt neu gefasst:

„§2 Aufwandsentschädigung für gewählte Mitglieder Verfassten Studierendenschaft

- (1) Vorsitz, Sitzungsleitung und Mitglieder des Studierendenrates erhalten keine Aufwandsentschädigung.
- (2) Die Referent*innen des StuRa oder der Studienfachschaften erhalten keine Aufwandsentschädigungen.
- (3) Für die Protokollführung (inklusive Vor- und Nachbereitung) wird eine Aufwandsentschädigung von 30 Euro je beschlussfähiger Sitzung gewährt.

- (4) Für die Durchführung von Fachschaftsratswahlen wird eine Aufwandsentschädigung von 50 Euro gewährt, die anteilig an die beteiligten Mitglieder des Wahlausschusses ausgezahlt wird.
- (5) Für die Durchführung von StuRa-Wahlen wird eine Aufwandsentschädigung von 2000 Euro gewährt, die anteilig an die beteiligten Mitglieder des Wahlausschusses ausgezahlt wird.
- (6) Für die Durchführung von zentralen Urabstimmungen wird eine Aufwandsentschädigung von 1000 Euro gewährt, die Anteilig an die beteiligten Mitglieder des Wahlausschusses ausgezahlt wird.
- (7) Weitere gewählte, ernannte oder sonstige Vertreter*innen der Verfassten Studierendenschaft erhalten keine Aufwandsentschädigungen durch die Verfasste Studierendenschaft oder ihre Teilorgane.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. April 2015 in Kraft.

Heidelberg, den 12. Mai 2015

gez. Hera Sandhu Glenn Bauer
Vorsitzende der Studierendenschaft

Zweite Satzung zur Änderung der Aufwandsentschädigungsordnung des Studierendenrates

Aufgrund von § 65 a Abs. 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) und § 17 Abs.4 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors S. 517 ff.) zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 f.) hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 21. Juli 2015 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Satzung am 30. September 2015 genehmigt.

Artikel 1

Die Aufwandsentschädigungsordnung des StuRa (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1381 f.), zuletzt geändert durch Beschluss des StuRa vom 21. April 2015 wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:
Die Referent*innen des StuRa oder der Studienfachschaften erhalten keine Aufwandsentschädigungen. Ausgenommen hiervon ist der/die Finanzreferent*in.

2. a. Nach § 2 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 neu eingefügt:
„Der/die Finanzreferent*in erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 300€.“

- b. Die bisherigen Absätze 4 bis 7 werden zu den Absätzen 5 bis 8.

1426

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. August 2015 in Kraft.

Heidelberg, den 17. August 2015

gez. Hera Becker Glenn Bauer
 Vorsitzende der Studierendenschaft

Zweite Satzung zur Änderung der Wahlordnung des Studierendenrates

Aufgrund von § 65 a Abs. 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) und § 17 Abs.4 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors S. 517 ff.) zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 f.) hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 14. Juli 2015 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Satzung am 30. September 2015 genehmigt.

Artikel 1

Die Wahlordnung des Studierendenrates (StuRaWahlO) (Mitteilungsblatt des Rektors vom 26.02.2014, S. 103 ff.), zuletzt geändert durch Satzung vom 12. August 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 13. Oktober 2014, S. 479 ff.) wird wie folgt geändert:

1. § 19 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Wahlprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss findet innerhalb von 28 Tagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses statt. Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann eine Wahl oder Urabstimmung bei der Schlichtungskommission innerhalb einer Frist von 21 Tagen ab der Bekanntmachung des Ergebnisses schriftlich anfechten.“

1428

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Mittelungsblatt des Rektors in Kraft.

Heidelberg, den 17. August 2015

gez. Hera Becker Glenn Bauer
Vorsitzende der Studierendenschaft

Dritte Änderung der Geschäftsordnung des Studierendenrates der Universität Heidelberg

Auf Grund von § 17 Abs. 4 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 31.05.2013, S. 517ff.) zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 f.) hat der Studierendenrat am 21. April und am 14. Juli 2015 die nachfolgenden Änderungen beschlossen.

Artikel 1

Die Geschäftsordnung des Studierendenrats der Universität Heidelberg vom 17. Dezember 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 17.12.2013, S. 843ff.), zuletzt geändert durch den Beschluss des Studierendenrats vom 11. November 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1386 f.) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 Abs. 5 wird folgender Absatz 6 angefügt:
„Die Anwesenheit im StuRa kann protokolliert und veröffentlicht werden. Näheres regelt ein Beschluss.“

2. § 5 Abs. 10 wird wie folgt neu gefasst:
„Die Geschäftsordnungsanträge nach § 5 Abs. 8 b, § 5 Abs. 8 i und § 5 Abs. 8 o bedürfen für ihre Annahme einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit.“

1430

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Artikel 2

Die Änderung nach Nummer 1 tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2015 in Kraft, die Änderung nach Nummer 2 mit Wirkung vom 1. September 2015.

gez. Hera Becker (geb. Sandhu) Glenn Bauer
Vorsitzende der Studierendenschaft

Vierte Satzung zur Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Auf Grund von § 65 a Abs. 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1 ff.) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) in Verbindung mit § 17 Abs. 6 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 31. Mai 2013, S. 517 ff.), zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 f.) hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 27. Januar und 21. April 2015 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Änderungssatzung am 30. September 2015 genehmigt

Artikel 1

Die Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft für die Universität Heidelberg vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 31.05.2013, S. 517 ff.), zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 2014 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 7. September 2015, S. 1379 ff.) wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:
„Die Amtszeit der Fachschaftsräte beträgt ein Jahr, sie beginnt entweder am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres.“
2. § 13 Abs. 5 a.F. wird zu § 13 Abs. 6.

3. Nach § 20 wird folgender § 21 neu eingefügt:
§ 21 Vertretung von stimmberechtigten StuRa-Mitgliedern

(1) Anwendungsbereich

Diese Regelung gilt für alle Listenvertreter*innen und für jene Studienfachschaften, die für ihre StuRa-Vertreter*innen im Falle der Verhinderung eine Vertretung vorsehen und keine konkrete eigene Regelung vorgesehen haben (vgl. Anhang D).

(2) Regelung im Fall von direkter Wahl von Vertreter*innen für Studienfachschaften

- a. Sofern eine Vertretungsregelung vorgesehen ist, werden bei einer direkten Wahl die Bewerber*innen, die keinen Sitz erhalten haben, in absteigender Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl vom ersten bis zum/zur n-ten Stellvertreter des Wahlvorschlags bestimmt, wobei n der Anzahl der Sitze entspricht, die der Studienfachschaft im StuRa zukommen. Ist die Liste erschöpft, bevor alle Stellvertreterpositionen besetzt werden können, so bleiben diese Positionen unbesetzt. Im Falle des Nachrückens eines stellvertretenden Mitglieds werden die Stellvertreterpositionen analog zu Satz 1 neu verteilt.
- b. Das verhinderte Mitglied wird durch den ersten/die erste Stellvertreter*in vertreten. Ist diese*r verhindert, und gibt es mehr als einen Stellvertreter, so vertritt der /die zweite Stellvertreter*in das Mitglied. Bei mehr als zwei Stellvertreter*innen wird entsprechend weiterverfahren. Gibt es keine*n Stellvertreter*in oder sind alle Stellvertreter*innen verhindert, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig.

- (3) Regelung im Fall von Entsendung von Vertreter*innen für Studienfachfachschaften
- a. Sofern eine Vertretungsregelung vorgesehen ist, entsendet die Studienfachschaft Mitglieder und Stellvertreter*innen in den StuRa. Bei der Entsendung wird eine Reihenfolge festgelegt. Im Falle des Nachrückens eines stellvertretenden Mitglieds werden die Stellvertreterpositionen analog zu Satz 1 neu verteilt.
 - b. Das verhinderte Mitglied wird durch den ersten /die erste Stellvertreter*in vertreten. Ist diese*r verhindert, so vertritt der /die zweite Stellvertreter*in das Mitglied. Bei mehr als zwei Stellvertreter*innen wird entsprechend weiterverfahren. Gibt es keine*n Stellvertreter*in oder sind alle Stellvertreter*innen verhindert, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig, es kann jedoch, sofern die Satzung der Studienfachschaft dies zulässt, eine neue Entsendung von Stellvertreter*innen erfolgen.
- (4) Kooperationen
- Für Kooperationen werden die Regelungen entsprechend angewandt, sofern bei der Kooperation keine anderen Regelungen getroffen wurden.
- (5) Regelung für Listenvertreter*innen
- a. Diejenigen Bewerber*innen eines Listenvorschlags, die keine Sitz erhalten haben werden in absteigender Reihenfolge von dem/der ersten bis zum/zur n-ten Stellvertreter*in des Wahlvorschlages bestimmt, wobei n der Anzahl der Sitze entspricht, die dem Listenvorschlag im StuRa zukommen. Ist die Liste erschöpft, bevor alle Stellvertreterpositionen besetzt werden können, so bleiben diese Positionen unbesetzt. Im Falle des Nachrückens eines stellvertretenden Mitglieds werden die Stellvertreterpositionen analog zu Satz 1 neu verteilt.

- b. Das verhinderte Mitglied wird durch den ersten/die erste Stellvertreter*in vertreten. Ist diese*r verhindert, und gibt es mehr als eine*n Stellvertreter*in, so vertritt der/die zweite Stellvertreter*in das Mitglied. Bei mehr als zwei Stellvertreter*innen wird entsprechend weiter verfahren. Gibt es keine*n Stellvertreter*in oder sind alle Stellvertreter*innen verhindert, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig.

(6) Mitteilung an die Sitzungsleitung

- a. Verhinderte Mitglieder informieren ihre Stellvertreter*innen frühzeitig unter Angabe des Sitzungstermins über ihre Verhinderung. Sollten der/die nächste Stellvertreter*in auch verhindert sein, tut er/sie dies auch, solange bis die Liste abgearbeitet ist.
- b. Verhinderte Mitglieder und Stellvertreter*innen informieren die Sitzungsleitung frühzeitig, spätestens aber bis eine Stunde vor Sitzungsbeginn, schriftlich darüber, dass sie verhindert sind. Die Sitzungsleitung kann nach Ermessen auch spätere Meldungen zulassen.
- c. Liegt keine Mitteilung über die Verhinderung vor, kann keine Vertretung erfolgen.

4. Die nachfolgenden Paragraphenbezeichnungen verschieben sich entsprechend.

5. In § 26 Abs. 3 n.F. wird unter Gliederungsziffer „2.“ der Text „Student*innen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung“ ersetzt durch den Text „von Diskriminierung aus Gesundheitsgründen betroffenen Studierenden (autonomes Gesundheitsreferat)“.

6. In § 6 Abs. 2, § 7 Abs. 2, 19 Abs. 1, wird die Bezeichnung „§ 33“ jeweils durch „§ 34“ ersetzt.

1435

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

7. In § 25 Abs. 2 n.F. wird die Bezeichnung „§ 24“ durch „§ 25“ ersetzt.
8. In § 27 Abs. 6 n.F. wird die Bezeichnung „§ 25“ durch „§ 26“ ersetzt.
9. In § 32 Abs. 2 n.F. wird die Bezeichnung „§ 32“ durch „§ 33“ ersetzt

Artikel 2

Die vorstehenden Änderungen treten mit Wirkung vom 13. Mai 2015 in Kraft.

Heidelberg, den 12. Mai 2015

gez. Hera Sandhu Glenn Bauer
Vorsitzende der Studierendenschaft

1436

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

Fünfte Satzung zur Änderung der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Auf Grund von § 65 a Abs. 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1 ff.) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) in Verbindung mit § 17 Abs. 6 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 31. Mai 2013, S. 517 ff.), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Januar 2015 hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 5. Mai, 19. Mai, 14. und 21. Juli 2015 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Änderungssatzung am 30. September 2015 genehmigt

Artikel 1

Die Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft für die Universität Heidelberg vom 31. Mai 2013 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 31.05.2013, S. 517 ff.), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Januar 2015 wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:
„Die Amtszeit der Fachschaftsräte soll ein Jahr betragen und entweder am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres beginnen.“
2. Nach § 24 Abs. 11 wird folgender Abs. 12 angefügt:
„Pro Referat können bis zu vier Referent*innen gewählt werden.“
3. In § 25 Abs. 6 wird Satz 1 wie folgt neu gefasst:
„Der StuRa wählt in der dritten Sitzung einer Legislatur eine Vorsitzende und einen Vorsitzenden der Refkonf aus der Studierendenschaft.“

4. Nach § 25 Abs. 7 werden die folgenden Absätze 8 bis 10 angefügt:
- „(8) Scheidet ein*e Vorsitzende*r nach § 36 dieser Satzung aus dem Amt, so übt der bzw. die verbliebene Vorsitzende das Amt bis zur Nachwahl des vakanten Postens mit Alleinvertretungsrecht gemäß § 65a Abs. 3 LHG aus. Die Referatekonferenz und der StuRa haben dies jeweils mit 2/3-Mehrheit zu bestätigen, andernfalls ruhen die Geschäfte bis zur Nachwahl eines/einer Vorsitzenden.
 - (9) Ist einer der beiden Vorsitzenden aus triftigen Gründen für eine gewisse Zeit verhindert, so hat er/sie die Möglichkeit, für einen von ihm/ihr bestimmten Zeitraum aus einem triftigen Grund heraus dem verbleibenden Vorsitz Alleinvertretungsrechte zu gewähren. Über das Vorliegen triftiger Gründe entscheiden Referatekonferenz und StuRa mit Zweidrittelmehrheit.
 - (10) Sind beide Vorsitzende verhindert, kann mit ihrem Einverständnis die Sitzungsleitung der Referatekonferenz von einem Referat übernommen werden. Hierfür legt die Referatekonferenz am Anfang einer jeden Legislatur die Reihenfolge fest, in welcher die Referate die Sitzungsleitung vertreten.“
5. Nach § 27 Abs. 6 wird folgender Abs. 7 eingefügt:
„Die Schlichtungskommission ist zuständig im Falle von Einsprüchen gegen die Ordnungsmäßigkeit von Sitzungen der Organe der Verfassten Studierendenschaft. Dies umfasst insbesondere Einsprüche gegen die ordnungsgemäße Einberufung dieser Sitzungen. Sie erarbeitet hier gemeinsam mit allen Konfliktparteien Lösungsvorschläge, die dem StuRa zur Entscheidung vorgelegt werden.“
6. Bei § 29 Abs. 4 wird nach Satz 4 folgender Satz 5 angefügt:
„Auf gesonderten Antrag kann die SchliKo entscheiden, dem befangenen Mitglied lediglich das Stimmrecht zu entziehen und auf den Ausschluss von der Sitzung zu verzichten.“
7. Bei § 34 Abs. 5 werden in Satz 1 die Worte „vier Wochen“ durch die Worte „21 Tage“ ersetzt.

8. Anhang B, die Liste der Studienfachschaften, wird wie folgt geändert:
- a. Der Studiengang 894 (Master Geoarchäologie) wird der Studienfachschaft 48, Ur- und Frühgeschichte/Vorderasiatische Archäologie (UFG/VA) zugeordnet;
 - b. Der Studiengang Strukturierte Promotion Evangelische Theologie wird der Studienfachschaft 46, Theologie (Evangelische) zugeordnet;
 - c. Der Studiengang 886 (Promotion Papyrologie) wird der Studienfachschaft 1, Ägyptologie, zugeordnet;
 - d. Der Studiengang 951 (Klassische und Moderne Literaturwissenschaft) wird der Studienfachschaft 22, Klassische Philologie, zugeordnet;

Artikel 2

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft.

Heidelberg, den 17. August 2015

gez. Hera Becker Glenn Bauer
Vorsitzende der Studierendenschaft

1440

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 19 / 2015
12.10.2015

KONTAKT

Universitätsverwaltung
Gremien und Wahlen
Seminarstraße 2
69117 Heidelberg

Tel. +49 6221 54-2619
alexandra.ernst@zuv.uni-heidelberg.de